

men/fam/
xiv/drw
fri/eth

WO HEUTE NOCH GEFOLTERT WIRD

»Niemand darf der Folterung, unmenschlichen oder erniedrigenden Strafen unterworfen werden.«

(UN-Menschenrechts-Deklaration von 1948)

Praktisch jede Nation auf dieser Welt hat diese eindeutige Erklärung anerkannt. Und doch wird ihr Prinzip — wie fast alle anderen Willenserklärungen der UNO — in Wirklichkeit vielerorts brutal ignoriert. Es gehört zu den fürchterlichen Wahrheiten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, daß Folterungen so oft wie selten zuvor in der Geschichte der Menschheit allenthalben an der Tagesordnung sind. So schätzt Amnesty International, daß im vergangenen Jahrzehnt in 60 Staaten gefoltert wurde; allein im vorigen Jahr konnten 40 Nationen namhaft gemacht werden. Von Chile über Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Guinea, Uganda, Spanien und Persien bis zur Sowjetunion: Die Folter entwickelte sich zum innenpolitischen Herrschaftsinstrument, das jedermann zu spüren bekommt, der von politisch führenden Cliquen als Gefahr für ihre Machtpositionen gebrandmarkt wird. (...)

Regierungen, die tagtäglich Folterungen als Mittel der Innenpolitik zulassen und befahlen, pflegen derlei Herrschaftspraxis gewöhnlich zu verleugnen. Darüber hinaus bleiben viele solcher Quälereien unentdeckt, da unbeschränkte Untersuchungen von Foltermethoden in geschlossenen Gesellschaften und Polizeistaaten fast unmöglich sind. Folter ist außerdem nicht selten eine unklare Angelegenheit, voller übertriebener Anklagen, politischer Propaganda und schlichtweg falscher Information. (...)

Neben Mord ist Folter gewiß die außergewöhnlichste Verletzung individueller Rechte, die ein Mensch dem anderen zufügen kann. Und leider ist die Praxis fast so alt wie die Geschichte selbst. Im Mittelalter wurden der Häresie Verdächtige aufs Rad geflochten, ausgepeitscht und von den Bütteln der Inquisition verbrannt, um den Widerruf noch auf dem Scheiterhaufen zu erzwingen. Doch zu bis dahin unbekannten Ausmaßen wurden Folter und Terror in Hitlers Konzentrationslagern und in Stalins Archipel GULag institutionalisiert. Die UN-Deklaration der Menschenrechte von 1948 und ihre Verdammung der Foltermethoden waren eine bemerkenswerte Reaktion auf die Exzesse des „Dritten Reiches“. Aber das Phänomen Folter verschwand nicht*. Die Franzosen setzten Folterungen systematisch während ihres achtjährigen Algerienkrieges ein. Die Briten verließen sich auf Folterungen, um Informationen über IRA-Terroristen in Nordirland zu erlangen. Das Saigoner Regime quälte während des Vietnamkrieges fast ständig und brutal kommunistische Verdächtige.

Es ist nicht leicht, aus Dutzenden von Nationen, die heutzutage der Folterei angeklagt werden, die übelsten Staaten auszuwählen. Am häufigsten werden Chile und der Iran von Experten genannt. In den drei Jahren nach dem Sturz der marxistischen Regierung Allendes sind — folgt man den Angaben aus vertrauenswürdigen kirchlichen Kreisen — etwa 1000 Chilenen zu Tode gefoltert worden in den Kammern der rücksichtslos-effizienten Ge-

heimpolizei, der DINA. So wurden in einer Verhaftungswelle vor 18 Monaten 2 000 Personen gefangengenommen; 370 sah man nie wieder. Derlei erschreckende Zahlen bestärken die schlimmsten Befürchtungen vieler Chilenen, daß gewisse Verdächtige erst zur Folter ausgesucht — normalerweise, um Aussagen über ihre politischen Verbindungen zu erzwingen — und dann ermordet werden.

Die DINA scheint ziemlich ungebounden in der Auswahl ihrer Opfer; ehemalige Parlamentarier und Offiziere wurden ebenso gefoltert wie verdächtige Links-Terroristen. Carlos Pérez Tobar, früher Leutnant der chilenischen Armee, wurde von der Junta verhaftet, als er seinen Beruf wechseln wollte: „Ich wurde mit Elektroschocks gefoltert; man warf mich in unterirdische Kerker, die so klein waren, daß ich in einem nur stehen, im anderen nur liegen konnte. Ständig wurde ich geprügelt. Einmal zertritten sie mich vor ein Erschießungs-Peloton, das aber nicht schoß. Und regelmäßig wurde mir versichert, meine Frau und mein Kind und meine Verwandten erlitten das gleiche Schicksal.“

Im Iran kehrte Schah Mohammed Resa Pahlawi 1953 durch einen Putsch auf seinen Thron zurück. Seitdem, so erklärt die Genfer Internationale Kommission der Juristen, „werden dort Verletzungen der Menschenrechte — Folter inklusive — in nie dagewesener Weise praktiziert“. Man schätzt, daß zwischen 25 000 und 100 000 politische Gefangene in Persiens Haftanstalten sitzen; und fast jedermann geht

* Der internationale „Tortura-Report“ von Amnesty International erschien in deutscher Sprache als „Bericht über die Folter“ im Fischer-Taschenbuchverlag (Nr. 1711).

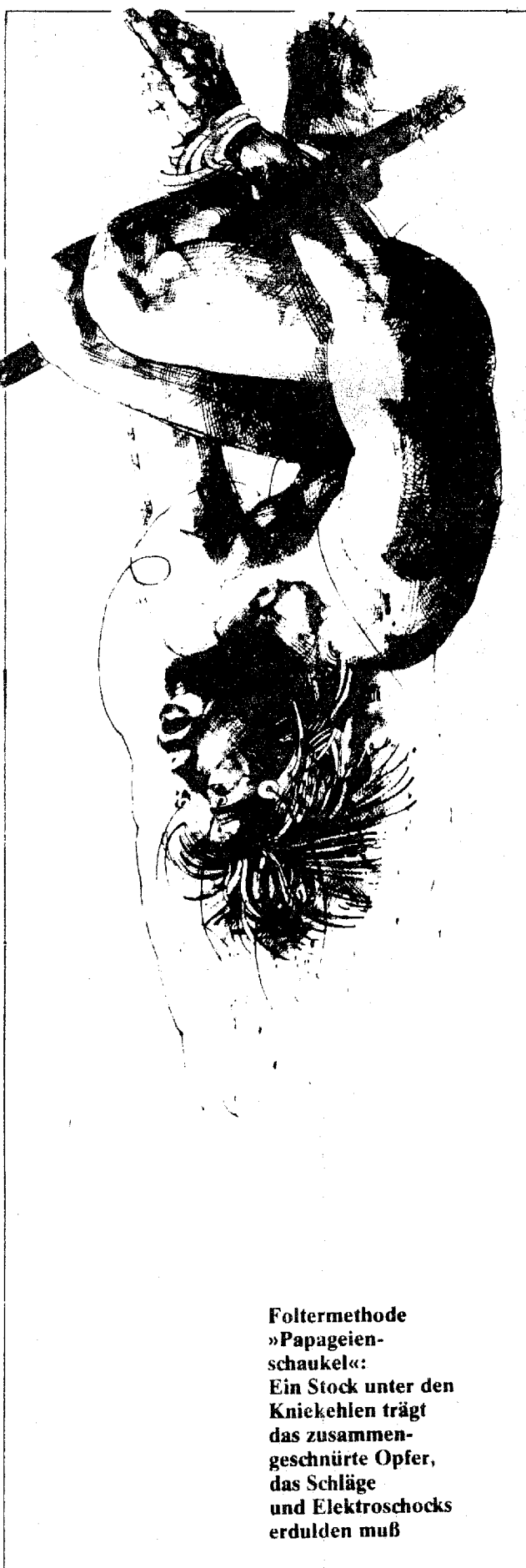
davon aus, daß die meisten von der SAVAK, dem staatlichen Geheimdienst, gefoltert worden sind. Der französische Rechtsanwalt Jean Michel Braunschweig hat im Januar die Zustände im Iran untersucht; er sagt, daß die SAVAK über 20 000 offizielle Mitglieder sowie über ein Netzwerk von 180 000 bezahlten Informanten verfüge. Das Folter-Repertoire in diesem Land besteht nicht nur aus Elektroschocks und Prügeln, sondern auch aus anderen Praktiken: So werden dort Flaschen in den After geschoben, Gewichte an die Hoden gehängt, es wird vergewaltigt, und manche Opfer müssen einen Blechhelm tragen, der so konstruiert ist, daß die Gequälten ihre eigenen Schreie verstärkt hören müssen.

Der TIME-Korrespondent Christopher Ogden, der Henry Kissinger im August in den Iran begleitete, befragte den Schah zum Vorwurf der Folterungen. Der Schah antwortete: „Wir müssen die Leute nicht mehr foltern. Wir benutzen vielmehr die gleichen Methoden wie einige hochentwickelte Länder auch — psychologische Methoden. Zum Beispiel konfrontieren wir die Gefangenen mit Geständnissen. Angesichts des Verrats ihrer Genossen erzählen sie dann alles.“

Der Schah bestritt auch die Zahl der politischen Gefangenen und behauptete, es seien wohl nicht mehr als 3400 bis 3500. „Aber das sind keine politischen Gefangenen“, fügte er hinzu, „sondern Marxisten; entweder Terroristen, Killer oder einfach Zeitgenossen ohne Bindung an unser Land.“

In Wirklichkeit hat sich aber die SAVAK zumal auf Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle konzentriert. Unter den Inhaftierten und Gefolterten der letzten zwei oder drei Jahre befinden sich: Vida Hadjebi Tabrizi, eine hervorragende Soziologin, Gholamhossein Sa'edi, ein bekannter persischer Dramatiker, und der Schriftsteller Fereydoun Tonokaboni.

Der trostloseste Aspekt der Folter in Chile und Persien ist vielleicht, daß sie in diesen Ländern ganz selbstverständlich zum politischen Alltag gehört:



**Foltermethode
»Papageien-
schaukel«:
Ein Stock unter den
Kniekehlen trägt
das zusammen-
geschnürte Opfer,
das Schläge
und Elektroschocks
erdulden muß**

Folter ist die private Angelegenheit von gigantischen, fast autonomen Polizei-Apparaten. Einmal gefangen in ihrem Schreckens-Kosmos, verliert der einzelne jede Chance; kein Notausgang öffnet sich in den Bereich legaler Autorität funktionierender Gerichte. Und dies ist nicht nur in Chile und Persien so:

● In Paraguay hat das diktatorische Regime des Alfredo Stroessner in diesem Jahr einige hundert Personen unter politischem Vorwand verhaften lassen; es ist die dritte derartige Verhaftungswelle seit Ende 1974. (...) Ein Opfer war der international bekannte Anthropologe Miguel Chase Sardi, der im Juni nach sieben Monaten Haft entlassen wurde. Chase Sardi berichtet, daß er Drogen schlucken mußte, daß man ihn schlug und kopfüber ins Wasser tauchte, bis seine Gehörgänge — wahrscheinlich für immer — beschädigt wurden. Zu den üblichen Foltermethoden zählen die Elektroschocks, das Abreißen von Fingernägeln; außerdem werden die Gefangenen gezwungen, Wasser zu trinken, bis sie ohnmächtig werden.

● In Uruguay, einst die demokratische „Schweiz“ Südamerikas, wurde seit 1972 immerhin jeder fünfzigste der Bevölkerung entweder verhaftet, festgehalten oder verurteilt. (...) Eine beliebte Methode trägt den Namen „Planton“: Der Gefangene muß stunden-, ja tagelang mit gespreizten Beinen und ausgebreiteten, gewichtbeschwerten Armen strammstehen.

● In Indien wächst die Klage über Folterungen politischer Gefangener, seitdem die Ministerpräsidentin Indira Gandhi vor mehr als einem Jahr den politischen Notstand ausrief. Im Juni belegte die New Yorker Internationale Liga für Menschenrechte, daß sich indische Gefangenaufseher der „Folter, der Brutalität, der Aushungerung und anderer Mißhandlungen von Gefangenen“ schuldig gemacht hätten. Dazu zählen: Schläge mit Stahlruten und Gewehrkolben, Elektroschocks und Verbrennungen durch Kerzen.

● Auf den Philippinen erklärte Präsident Ferdinand Marcos, „daß niemand absolut niemand gefoltert werde“. Eine Untersuchung durch hohe katholische Würdenträger des Landes ergab jedoch, daß Gefangene im Netzwerk von Polizei und Armee in Lagern und „Sicherheitshäusern“ festgehalten werden, wo man sie mit Schlägen, Elektroschocks und anderen Gemeinheiten peinigt. (...)

● In Spanien halten offenbar die Folterungen politischer Gefangener, zumal baskischer Separatisten, weiterhin an — entgegen dem offenbar ehrlichen Wunsch von König Juan Carlos, das politische Leben im Lande zu liberalisieren. Das liegt teilweise an der berüchtigten Guardia Civil. Diese am meisten gefürchtete „Gesetzeshüterin“ Spaniens beliebt in den vier baskischen Provinzen, ihr eigenes Recht zu statuieren. So zählt zu den notorischen Foltermethoden der Guardia das „Bastinado“: Das sind ungezählte Schläge mit dem Gummiknüppel auf die nackten Fußsohlen des Gefangenen.

Die Liste der folternden Nationen erstreckt sich bedauerlicherweise auf die ganze Welt.

Folter und Tod während „strenger“ Polizeiverhöre sind in Süd-Korea gut dokumentiert. Laut Amnesty International liegen ausreichende Zeugnisse vor über brutale Folterungen im Irak, deren Opfer als Krüppel, wenn überhaupt, überleben. Gefürchtet ist vor allem das Kasr-al-Nihaya-Gefängnis in Bagdad. Wenige Opfer überstehen die Torturen in den Verliesen schwarz-afrikanischer Nationen. Unvorstellbar grausame, sadistische und teuflisch-überraschende Folterungen sind nichts Ungewöhnliches in folgenden Einmann-Diktaturen: In Francisco Macias Nguemas Äquatorialguinea, in Idi Amins Uganda, in Jean Bédel Bokassas Zentralafrikanischer Republik und in Ahmed Sékou Tourés Republik Guinea.

Überall verfolgen die Folterer dasselbe Ziel: Informationen über Regime-Gegner, Terroristen, Oppositionelle zu erpressen und mögliche Dissidenten

einzuschüchtern. Offene Brutalität kann äußerst erfolgreich sein, um Volksgehorsam zu erzwingen. In vielen kommunistischen Staaten, so behaupten Antikommunisten, sei derlei aber gar nicht nötig: Die Folterkammer sei das ganze Land. Allmächtige, immer wachsame Parteien würden jedwede Opposition praktisch verhindern; Folter im großen Stil sei deshalb überflüssig.

Gleichwohl verfügen kommunistische Länder wie China, Nord-Korea, Kuba und andere über ein Netzwerk von „Arbeitslagern“ zur „Umerziehung“ von Dissidenten. Das karge Leben in diesen Lagern, wenig Essen, kurze Ruhe- und lange Arbeitszeiten bewirken jedoch eine Agonie, die an die Qualen der Folter grenzt.

Der rücksichtsloseste Staat unter den kommunistischen Ländern, in denen gefoltert wird, ist die Sowjetunion. Dort ist es zum Beispiel ganz normal, daß man Dissidenten für verrückt erklärt und jahrelang in Irrenhäusern, wie dem berüchtigten Serbskij-Institut in Moskau, einsperrt, wo medikamentöse Behandlungen und Hungerdiäten zu grenzenlosen Schmerzen und Leiden führen, die von den Folgen eindeutiger physischer Repressionsmethoden nicht zu unterscheiden sind. (...)

Wie aber legitimieren solche Staaten das Phänomen „Folter“? Ein gängiges Argument lautet, daß Folter zwar eine unglückselige, aber dennoch unverzichtbare Methode sei, um gesetzlose Elemente, die die Staatssicherheit bedrohen, zu bekämpfen, zumal terroristische Extremisten. Das Argument scheint vordergründig gerechtfertigt durch die hemmungslose Brutalität jüngerer Terrorbewegungen und durch die massive kommunistische Bedrohung — jedenfalls so, wie sie in vielen Staaten empfunden wird.

Das Argument, Folter als notwendiges Übel zu rechtfertigen, ist jedoch ebenso gefährlich wie falsch. In Wahrheit liegt der Sinn von Folter gewöhnlich darin, alle Opposition zu unterdrücken. Ist sie erst einmal — auch gegen echte

Terroristen — sanktioniert, dann pflegt sich das Netzwerk des Bösen auszubreiten wie die Pest: Schein-Legitimationen werden nach Bedarf konstruiert.

Im vorigen Januar zum Beispiel entließ Brasiliens Präsident Ernesto Geisel den General Eduardo D'Avila Mela, Kommandant der 2. Armee in São Paulo — ein bekannter Fürsprecher der Folter. Die Entlassung schien in jener Stadt die Folterungen von Gefangenen zu verringern. Statt dessen wurden aber zahlreiche Folterungen in Rio de Janeiro ruchbar. Einige Menschenrechtler befürchten darum, daß die Folterknechte von São Paulo einfach nach Rio umgezogen sind.

Was läßt sich — wenn überhaupt — tun? David Hawk, Vorsitzender von Amnesty International in New York, glaubt, daß Folter so geächtet werden müsse wie Sklaverei.

Die meisten Länder reagieren zumindest ein wenig auf die ausländische öffentliche Meinung — wenn auch nur aufgrund ihrer Furcht, daß ein schlechter Ruf in Sachen Menschenrechte negative Folgen auf auswärtige Wirtschafts- und Militärhilfe oder auf ausländische Investitionsbereitschaft haben könnte. Außenminister Kissinger behauptet zwar, daß amerikanische Außenpolitik vernünftigerweise nicht auf persönliche Moralvorstellungen fundiert werden könne; trotzdem scheint es aber möglich, daß einige Regimes — wie in Süd-Korea, Chile und Uruguay, die völlig auf amerikanische Hilfe angewiesen sind — durch Embargo-Drohungen Washingtons dazu gezwungen werden können, den unmenschlichen Griff um ihre Opfer zu lockern. Ein ähnlicher Hebel existiert jedoch nicht gegenüber so autarken und relativ reichen Nationen wie Persien, Brasilien und den Philippinen — ja noch nicht einmal den kleinen Ländern; afrikanische Diktatoren lassen sich so nicht schrecken.

Allgemeine Hoffnungen beschränken sich darauf, daß Folter-Diktaturen wie die Junta in Griechenland eines Tages gestürzt werden. Aber generell spricht alles gegen die Ansicht, daß derlei Regierungen durch

gnädigere ersetzt werden — zumal in Ländern, in denen die Demokratie und die menschlichen Grundrechte sowieso nur schwache Wurzeln haben.

Andere hoffen, daß Diktaturen eines Tages ein ausreichendes Gefühl innerer Sicherheit entwickeln, um ihre kontinuierlichen und übelsten Brutalitäten aufzugeben.

In der Zwischenzeit bleiben wohl „Öffentliche Anklage“ und „Beten“ die einzigen Notausgänge — und, vielleicht, die Erinnerung an einen Satz des brasilianischen Journalisten Vladimir Hertzog, der vor einem Jahr kurz nach seiner Verhaftung ermordet aufgefunden wurde: „Wenn wir unsere Fähigkeit verlieren, angesichts von Folter und Grausamkeit, die andere betrifft, empört zu sein, dann verlieren wir auch das Recht, uns selbst als zivilisierte Menschen zu bezeichnen.“ ●

ils sont
des meurtriers
ceux qui
se taisent
ils sont
des complices
ceux qui
taisent
les noms de
ceux qui
se sont tus
ils sont
des meurtriers
ceux qui
taisent
les noms de
ceux qui
tuent
ils sont
des assassins
ceux qui
taisent
les noms de
ceux qui
n'ont plus de nom
ceux qui
se taisent
ce sont
des bourreaux

René Welter
"germinal"
(Dossier "Knokke 76")

Pour concrétiser leur soutien aux prisonniers d'opinion, nous proposons à nos lecteurs de participer à la campagne en faveur de :

Enrique ERRO, homme politique uruguayen bien connu, est né à Montevideo en 1902. Il fit son droit à l'université et devint ensuite professeur de philosophie et journaliste professionnel. Il milita dans le syndicat des journalistes et assista à la conférence mondiale des journalistes à Santiago (Chili).

En 1950, il fut élu député du *Partido Nacional* (Parti national) et conserva son siège lors des trois élections suivantes (1954, 1958, 1962). En 1959, il fut nommé ministre de l'industrie et des travaux publics, mais il perdit son portefeuille à cause de sa résistance à la politique favorable aux investissements internationaux en Uruguay. Après 1962, ne partageant pas les orientations conservatrices du *Partido Nacional*, il collabora avec le parti socialiste à la création du front populaire, l'*Union popular*.

En 1971, avec le parti communiste, le parti socialiste, les démocrates chrétiens et d'autres, il contribua à la formation d'un parti de coalition, le *Frente Amplio* (Front élargi). Sous l'étiquette de ce parti, il fut élu sénateur en 1971.

A partir de 1972, il devint l'un des plus actifs et des plus courageux défenseurs des droits de l'homme en Uruguay, dénonçant l'usage de la torture et la répression généralisée. En mai 1973, il fut au centre d'un conflit entre le parlement et l'exécutif qui entraîna la dissolution du parlement. Enrique Erro dut alors s'exiler en Argentine.

Le 7 mars 1975, Enrique Erro fut arrêté dans son hôtel, au centre de Buenos Aires, par un groupe d'agents de la police argentine de sécurité. Il fut détenu au commissariat central de la police fédérale jusqu'au 25 mars sans qu'aucun motif d'arrestation ne soit donné. Il fut ensuite transféré à la prison de Villa Devoto. Le directeur de cette prison indiqua à sa femme qu'il avait été arrêté pour des «raisons de sécurité».

Le 16 mai 1975, on le transféra à la prison de Rawson, à 1500 km au sud de Buenos Aires. A nouveau déplacé le 19 juin, il fut conduit à la prison de Resistencia, dans l'extrême nord du pays. Au début de mai 1976, on le reconduisit à Villa Devoto puis, un mois plus tard, à Rawson où il se trouve encore actuellement.

L'état de santé d'Enrique Erro serait grave et selon les nouvelles reçues à son sujet, il risque de mourir, s'il n'est pas prochainement libéré, étant âgé et souffrant d'une hépatite.

La prison de Rawson est connue pour être la plus dure de toute l'Argentine. Les prisonniers n'y reçoivent pas les soins médicaux nécessaires et leur nourriture ne contient ni sel ni sucre. Dans ces conditions, l'état d'Enrique Erro ne peut qu'empirer.

Veuillez écrire des lettres rédigées en termes courtois pour demander sa libération et les adresser à: Excelentísimo General Jorge Rafael Videla, Presidente de la Republica de Argentina, Casa Rosada, Buenos Aires, Argentine. □

Anarchisten von Chicago

Gemeinschaftsfrieden von Landshut

Der Generalsekretär des PEN-Zentrums der Bundesrepublik, der Schriftsteller Martin Gregor-Dellin, hat Bundesjustizminister Hans-Joachim Vogel aufgefordert, einen Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichts Landshut unverzüglich aufzuheben.

Anlaß war ein Buch, nämlich ein Werk der Geschichtsdokumentation: „1886, Haymarket. Die deutschen Anarchisten von Chicago, Reden und Aufsätze“, herausgegeben von Horst Karasek.

Auf Anordnung des Richters Zopf wurde das Buch in einer Landshuter Buchhandlung beschlagnahmt, die Geschäftsräume polizeilich durchsucht und gegen den Inhaber „wegen öffentlicher Aufforderung zu Gewalttaten“ ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Die ergangene Anordnung stützt sich auf die kürzlich vom Bundestag verabschiedete Neufassung von § 111 StGB („Aufforderung zu Straftaten“) und demonstriert damit die von seiten der Schriftsteller kritisierte Verhänglichkeit einer Gesetzesänderung, die sich auf den „Gemeinschaftsfrieden“ beruft. Damit wird, so hebt der PEN-Generalsekretär hervor, die Verharmlosung, wie sie bei der Beschlußfassung zu beobachten war, Lügen gestraft.

Eine Aufforderung zu Gewalttaten sei weder vom Buchhändler, noch vom Herausgeber des Buches ergangen, sondern könne lediglich dem Verfasser des dokumentierten Leserbriefes an eine amerikanische Zeitung vor einundneunzig Jahren angelastet werden. Dieses Zitat, das hier den Rang eines Dokuments besitzt, sei in fast sämtlichen Werken über den Gegenstand zu finden. „Jeder Kriegs- oder Kriminalfilm, wie ihn das Fernsehen darbietet, suggeriert Gewalttätigkeit wirksamer.“ K.R.

Publik-Forum, Nr. 22, 5.11.1976

cent fois
chaque jour
sur le papier
jugés
condamnés
exécutés
par les poètes
les dictateurs
vivent quand-même
et pourtant
chaque mot
est une écharde
pour leur échafaud

Phil Sarca
"Germinal"